



Japanisches Exekutivkomitee für die dringende Eilaktion zur Sammlung von 1.2 Millionen Unterschriften:

Wir fordern eine gesetzliche Lösung des Problems sexueller Sklaverei durch das japanische Militär im Asien-Pazifik-Krieg (1931-1945).

Seit Kim Hak-sun aus Südkorea im Jahre 1991 mit ihrer Vergangenheit als ehemalige „Trostfrau“ an die Öffentlichkeit trat, haben viele weitere Opfer aus verschiedenen Ländern ihre Stimme erhoben. Die meisten der 200 000 Frauen, die in so genannten „Trost-Häusern“, Militärbordellen, verschleppt, vergewaltigt und gezwungen wurden, die Soldaten sexuell zu bedienen und somit unvorstellbare Demütigung und Leid durchleben mussten, sind inzwischen verstorben. Die Überlebenden sind im hohen Alter von über 80. Im Jahr 1993 veröffentlichte der damalige Kabinettssekretär Yohei Konno eine Erklärung, die aus Recherchen von Historikern hervorgegangen war: „Ich bitte um Entschuldigung und empfinde persönlich tiefe Reue. Es wäre angebracht, eine ehrliche Diskussion darüber zu führen, wie Japan als Nation derlei Gefühle ausdrücken sollte.“ Jedoch hat die japanische Regierung seither nicht konkret gehandelt, lediglich eine Stiftung ins Leben gerufen, die private Spendengelder der japanischen Bevölkerung verwaltet.

Der 19-Jahre andauernde Kampf der Opfer bewegte die Welt!

Im Juli 2007 verabschiedete das Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongress eine einstimmige Resolution, die fordert, dass die japanische Regierung offiziell die historische Verantwortung für die sexuelle Zwangsgewalt an den Frauen anerkennt und sich bei den Frauen aufrichtig entschuldigt. Daraufhin wurden ähnliche Resolutionen von den Parlamenten der Niederlande, Kanada, der EU, Südkorea und Taiwan verabschiedet. Parallel dazu wurden von den internationalen Organisationen, inklusive der UN und der ILO immer wieder Empfehlungen gefasst, die von den jeweiligen regierenden Parteien mit der Ausrede ignoriert wurden, es liege keine „juristische Obligation“ vor.

Seit zwei Jahren jedoch legten 30 Gemeindeversammlungen Japans dem Kabinett ihre Empfehlungserklärungen für eine Lösung der „Trostfrauen“-Problematik vor. Diese Initiative breitet sich zur Zeit in vielen Orten Japans aus.

Es ist die Zeit, eine gesetzliche Resolution in die Wege zu leiten!

Seit dem Sommer 2009 ist die Demokratische Partei Japans (DPJ) an der Regierungsmacht. Zu Zeiten ihrer Opposition versuchte die DPJ mehrfach, einen Gesetzesentwurf zu skizzieren und eine Lösungsfindung in der Zwangsprostitutionsfrage voranzutreiben. Wir fordern, dass die japanische Regierung so schnell wie möglich ein Gesetz entwirft und verabschiedet, um dieses Problem nicht ungelöst an die nächste Generation weiterzugeben. Die japanische Regierung muss sich bei den inzwischen hoch betagten Opfern entschuldigen und offizielle Maßnahmen und Angebote zur Kompensation für die Überlebenden der sexuellen Sklaverei durch das japanische Militär im Asien-Pazifik-Krieg auf den Weg zu bringen.

Der Zeitpunkt ist jetzt!!!

Auch Sie können die Petition online unterzeichnen: www.jca.apc.org/ianfu_ketsugi/1200000.html

Bitte schließen Sie sich an.

Die Petition richtet sich an: **Japanischer Premierminister, Naoto Kan;
Vorsitzender des japanischen Unterhauses, Takahiro Yokomichi;
Vorsitzender des japanischen Senats, Takeo Nishioka**

Japanese Executive Committee of Urgent 1,200,000 Petition Campaign: Requesting Legislative Resolution to the Issue of Japanese Military sexual Slavery during the Asian Pacific War
www.jca.apc.org/ianfu_ketsugi/1200000.html

Organisator in Deutschland: Projekt 700 (Koreanische Frauengruppe in Deutschland, Koreanische Friedensgruppe in Deutschland, Korean Women's International Network in Germany, Japanische Fraueninitiative Berlin) Kontaktadresse: Kiyomi Ikenaga, Leonhardtstr.10, 14057 Berlin